

## Direktkandidatin Künkel lädt zu Gesprächen ein

**MARBURG-BIEDENKOPF.** Marie-Sophie Künkel, CDU-Direktkandidatin für den Wahlkreis 12 bei der hessischen Landtagswahl, lädt Bürgerinnen und Bürger zu verschiedenen Terminen ein.

Am Mittwoch, 20. September, spricht Künkel um 19 Uhr mit ihren CDU-Parteikollegen Volker Bouffier, Roland Koch und Petra Roth im Bürgerhaus Gönern, Hauptstraße 31.

Am Freitag, 22. September, begrüßt sie um 19 Uhr Hessens Justizminister Roman Poseck zum Thema „Starker Rechtsstaat – starkes Hessen“ im Restaurant „Seeblick“ am Perfstausee.

Der frühere Bundeskanzleramtsminister Helge Braun aus Gießen wird am Samstag, 23. September, um 15.30 Uhr im Wirtshaus Frauental, Biedenkopf, zum Thema „Krankenhausesreform: Zukunftschance oder Irrweg?“ sprechen.

Über „Schule zwischen ChatGPT und Ganztags“ spricht Künkel mit CDU-Staatssekretär Manuel Lösel am Mittwoch, 27. September, um 19.30 Uhr im Restaurant zur Burgruine Frauenberg, Cappeler Straße 10.

Und die etwas andere Weinprobe mit Innenminister Peter Beuth und den Bundestagsabgeordneten Dr. Stefan Heck und Ingmar Jung findet am Donnerstag, 5. Oktober, um 18 Uhr im Bürgerhaus Wohrtal, Halsdorferstraße 56, statt.

## Vortrag auf der Zeiteninsel in Argenstein

**WEIMAR-ARGENSTEIN.** Am Freitag, 22. September, findet um 18 Uhr im Rössenhaus auf dem Gelände der Zeiteninsel, dem Archäologischen Freilichtmuseum in Argenstein, ein Vortrag von Lejla Hasukic über das „Steinzeitdorf Pestenacker“ bei München statt. Die Archäologin wird in ihrem Vortrag über Forschungsgeschichte und Vermittlungskonzept des Museums berichten.

Hasukic studierte an der Ludwig-Maximilians-Universität München Vor- und Frühgeschichtliche Archäologie mit einem bronzezeitlichen Schwerpunkt. Seit 2020 ist sie Leiterin und Projektmanagerin des Freilichtmuseums, das sie neu aufgebaut hat. Ähnlich wie bei der Zeiteninsel handelt es sich um ein Freilichtmuseum im beziehungsweise Umbau.

### Freie Plätze im Kurs „Steine schlagen“

Darüber hinaus gibt es noch wenige freie Plätze im Kurs „Steine schlagen“ für Fortgeschrittene mit Andreas Benke am Samstag und Sonntag, 30. September und 1. Oktober: In dem zweitägigen Kurs zeigt der erfahrene Steinschläger Benke verschiedene Techniken der Feuersteinbearbeitung und geht dabei auch auf archäologische Funde ein. Der Kurs richtet sich an Personen mit Vorkenntnissen und konzentriert sich auf die sogenannte Punctechnik zur Herstellung von Beilen und Dechseln.



**Jan Schalauske (Die Linke):** Einwanderung ist keine Bedrohung, sondern Alltag und Chance. Unsere Region ist Heimat für Menschen aus verschiedensten Orten und mit unterschiedlichen Geschichten. Der Reichtum soll gerechter verteilt und die Kommunen stärker unterstützt werden, damit es etwa gute Arbeit und bezahlbaren Wohnraum für alle gibt. Wir streiten für sichere Fluchtwege und eine Gesellschaft, die Menschenrechte verwirklicht – statt Mauern zu bauen und Grundrechte der aktuellen Haushalts- und Stimmungslage anzupassen. Es gilt Fluchtursachen (Waffen, ungerechte Wirtschaftsordnung, Klimakrise) zu bekämpfen und nicht Geflüchtete.



**Angela Dorn (Bündnis 90/Die Grünen):** Deutschland ist ein Einwanderungsland. Damit Menschen echte Bleibeperspektiven erhalten, braucht es ein humanes Asylrecht und modernes Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Wir haben in Marburg-Biedenkopf tolle Projekte: Das Ausbildungsforum INTEGRAL bildet Menschen mit Migrationshintergrund in der Pflege aus. Fachkräfte, die unsere Gesellschaft bereichern. Dazu gehört, dass Menschen ohne solche Bleibeperspektiven wieder zurückgeführt werden. Dazu braucht es gerechte Regelungen für die europäischen Außengrenzen und einen funktionierenden Verteilmechanismus, aber keine Wiedereinführung von Schlagbäumen an den deutschen Grenzen.



**Sebastian Hörner (Die Partei):** Auch uns ist die Einwanderung aus Gießen aufgefallen. Das begrüßen wir natürlich. Wer wenn nicht wir aus Marburg-Biedenkopf kann die Zuwanderer verstehen, hier leben zu wollen, wir tun es schließlich auch selbst und gerne.



Ein Schild weist auf eine Ausländerbehörde und ein Ordnungsamt hin.  
FOTOS: SEBASTIAN GOLLNOW/DPA, THORSTEN RICHTER, NADINE WEIGEL

## Wie viel Einwanderung ist gut für den Landkreis?

**MARBURG-BIEDENKOPF.** Das Begriffspaar Fachkräftemangel und Einwanderung fehlt in keiner Diskussion über den Arbeitsmarkt in Deutschland. Marburg-Biedenkopf macht da keine Ausnahme. Doch wie sollte Einwanderung organisiert und reguliert werden? Wie steht es um die gesellschaftliche Integration ausländischer Fachkräfte und ihrer Familien?

An welchen Punkten dieser Thematik die Politik gefordert ist, erklären auf dieser Seite die neun Landtagskandidatinnen und -kandidaten aus dem Wahlkreis 13. Bis zur hessischen Landtagswahl am 8. Oktober befragt die OP die Bewerberinnen und Bewerber beider Wahlkreise in Marburg-Biedenkopf zu unterschiedlichen Politikfeldern – hier die aus dem Wahlkreis 13.



**Gökhan Özdemir (Freie Wähler):** Dass wir unendlich viele Hilfesuchende nicht aufnehmen können, sollte uns allen bewusst sein. Aber man sollte das Beste daraus machen, anstatt ständig nur zu meckern. Integration funktioniert am besten durch Bildung und Arbeit. Menschen, die nicht hilfsbedürftig sind und nur unser Sozialsystem ausnutzen wollen, dürfen hier nicht bleiben. Jeder muss in unserer Gesellschaft etwas leisten. Migranten und Flüchtlinge, die seit Jahrzehnten was leisten, arbeiten und etwas zur Gesellschaft beitragen, diese müssen wertgeschätzt werden. Diese müssen wir für unsere Gesellschaft gewinnen. Vor allem die Mütter und Kinder.



**Dr. Frank Michler (Bürgerliste Weiterdenken):** Dass politisch Verfolgte wie Snowden und Assange keine Chance auf Asyl in Deutschland haben, zeigt die Verlogenheit der Einwanderungsdebatte. Das Recht auf politisches Asyl darf nicht angetastet werden! Die aktuelle Migrationspolitik verschärft jedoch die Probleme der Herkunftsländer – und unsere. Wenn Einwanderung „gut für Marburg-Biedenkopf“ sein soll, dann geht es um qualifizierte Fachkräfte. Wie asozial ist es aber, wenn wir gerade die intelligenten und jungen Menschen aus ärmeren Ländern abwerben, um unsere Renten zu sichern – und damit den Herkunftsländern ihre Entwicklungschancen rauben?



**Sebastian Sack (SPD):** Wir sprechen ständig vom Fachkräftemangel und sehen dabei doch: Wir brauchen Einwanderung. Die Frage ist nicht, wie viel Einwanderung gut ist – sondern wie gut wir die Einwanderung und die Migration gestalten. Es gibt Probleme, die wir nicht kleinreden dürfen. Aber wir können das praktisch lösen: indem wir Menschen aufnehmen, sie nicht in Ballungsgebieten bündeln, sondern kleinräumig verteilen und direkt in die Gesellschaft einbinden. Intensive Sprachförderung und schnelle, echte Chancen für ein gutes Berufsleben gehören auch dazu. Richtig angepackt ist Migration eine Zukunftschance.



**Pascal Schleich (AFD):** Einwanderung und Asylgewährung haben seit 2015 eine neue Dimension erreicht. Ungeachtet der Gesetzeslage wurde eine nicht zu rechtfertigende Masseneinwanderung zugelassen. Marburg-Biedenkopf hat genug getan; eine weitere Einwanderung kann es nur geben, wenn die Personen, die kein Bleiberecht mehr haben, auch konsequent abgeschoben werden. Die Zuwanderung in unser Sozialsystem muss unterbunden werden. Wir benötigen eine Einwanderungspolitik nach kanadischem oder australischem Modell. Ich stehe für ein Ende des Missbrauchs des Asylrechts. Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt.



**Dirk Bamberger (CDU):** Unsere Aufnahmekapazitäten sind endlich und der Druck in den Kommunen ist groß. Keiner weiß das besser als der CDU-Bürgermeister Thomas Groll in Neustadt. Wir müssen gesellschaftliche und staatliche Überforderung durch Migration vermeiden. Dafür benötigen wir eine realistische und abgestimmte Steuerung der Fluchtmigration. Eine Schlüsselrolle haben dabei die Zuzugsregelungen, europäische Regelungen sowie schnellere Verfahren. Die Bedeutung dieses Themas unterstreicht die CDU mit der Schaffung eines eigenen Staatssekretärs für Migrationsfragen.



**Lisa Deißler (FDP):** Der Fachkräftemangel ist einer der größten Gefahren für die hessische Wirtschaft. Daher brauchen wir ein neues Einwanderungsgesetz, welches legale Zuwanderung für qualifizierte Fachkräfte erleichtert. Ich unterstütze daher die Bemühungen der Bundesregierung, ein modernes Einwanderungsrecht mit einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild zu etablieren. Klar ist aber auch, dass Erstaufnahmeeinrichtungen dringend auf Entlastung warten. Daher müssen wir Menschen ohne Bleibeperspektive auch frühzeitig abweisen und irreguläre Migration eindämmen.